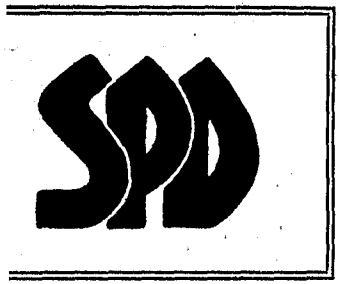

SOZIALDEMOKRATISCHE PARTEI
DEUTSCHLANDS
LANDESVERBAND BAYERN

AKTIONSPROGRAMM

mit Erläuterungen

Beschlossen auf der
Landeskonferenz der SPD
am 15. Dez. 1946 in München

S VOLK" · MÜNCHEN 34, SCHACKSTRASSE 2

21647

SOZIALDEMOKRATISCHE PARTEI
DEUTSCHLANDS
LANDESVERBAND BAYERN

AKTIONSPROGRAMM

mit Erläuterungen

Beschluß der Landeskonferenz
am 15. Dezember 1946 in München

A21647

VERLAG „DAS VOLK" · MÜNCHEN 34, SCHACKSTRASSE 2

Bibliothek
der Friedrich-Ebert-Stiftung

Preis: 30 Pfennig

Verantwortlich: Erich Fleischer, München 34 — Published under Political Party Publications License No. US-E-2 — Herausgegeben unter Parteiverlagslizenz Nr. US-E-2 — Druck: Kunst im Druck · Obpacher AG., München 25, Hofmannstr. 7 — Auflage 15 000 — Februar 1947.

9 7411 FES 17. 7. 73

Vorwort

Das Aktionsprogramm der Sozialdemokratischen Partei, Landesverband Bayern, wurde im November 1946 geschaffen. Es ist aus der Notwendigkeit entstanden, für die Partei in den kommenden schweren Monaten des wirtschaftlichen und sozialen Tiefstandes unseres Volkes, im Rahmen der bayerischen Politik, ein klares Programm zur Überwindung der Notstände zu entwickeln. An der Ausarbeitung dieses Programms beteiligten sich die für die einzelnen Fachgebiete zuständigen Ausschüsse der Partei. In ernsten Beratungen wurden die Entwürfe nach allen Gesichtspunkten erörtert. Nach Anhörung der Fachleute in den Verwaltungsstellen und Ministerien, nach eingehender Beratung durch den Landesvorstand und die Fraktion wurde das Aktionsprogramm am 15. Dezember 1946 durch die Landeskonferenz einstimmig angenommen.

Das Programm ist streng sachlich gehalten, alle propagandistischen Wendungen sind vermieden. Es ist ein Programm, das zu verwirklichen ist, wenn die entsprechenden Maßnahmen getroffen und mit aller Energie durchgeführt werden. Das Programm ruht auf den Forderungen der Kölner Beschlüsse des Parteivorstandes vom 25. 9. 1946. Es ist ein Mindestprogramm, das für die Beteiligung an einer Koalitionsregierung, wie für die Oppositionsstellung der Partei in gleicher Weise politische Richtschnur sein muß. Es wurde daher nicht zu dem besonderen Zwecke der Regierungsbeteiligung in Bayern geschaffen, sondern legt die Grundlage der Partei fest, unabhängig von der jeweiligen taktischen Situation.

Das Aktionsprogramm gliedert sich in 19 Abschnitte und 35 Artikel. Es ist von einer Präambel eingeleitet. Wir bringen nachfolgend die einzelnen Abschnitte des Programms mit einem entsprechenden Kommentar.

Ein Alpdruck lähmt heute in Deutschland alle Kräfte. Millionen sind in Gefahr, vernichtet zu werden, wenn der allgemeinen Auflösung nicht sofort ein fester Damm entgegengesetzt wird. Die Ernährung und die Versorgung der Bevölkerung mit den notwendigsten Verbrauchsgütern steht vor dem Zusammenbruch. Schuld daran ist das kapitalistische System, das seinen letzten Ausweg im Nationalsozialismus sah.

Schuld daran sind aber auch diejenigen Elemente, die jetzt versuchen, den Aufbau und die Weiterentwicklung der Wirtschaft zu einer echten sozialistischen Planungswirtschaft zu sabotieren, um sich den Folgen des Zusammenbruchs zu entziehen.

Die wirtschaftlich Stärkeren mißachten vielfach die Gesetze. Ein großer Teil des Verwaltungsapparates funktioniert noch nicht einwandfrei. Die Korruption schleicht sich in das öffentliche Leben ein. Verbrecher gegen das Allgemeinwohl werden entlastet. Saboteure gefährden die Volksernährung und verhindern den Einsatz der noch verbliebenen wirtschaftlichen Reserven. Ehrliche, produktive Arbeit hat Hunger und Elend zur Folge. Vom schlechten Beispiel gewissenloser Großschieber werden täglich Tausende zu den gleichen Handlungen verführt. Millionen hilfloser Menschen aber sind auch heute noch bereit, für ein anständiges Leben eine anständige Arbeit zu leisten. Unser Volk ist der Verelendung preisgegeben, wenn es von der übrigen Welt abgeschlossen bleibt.

Nur durch rücksichtslose Ausschaltung aller dem demokratischen Staate feindlichen Kräfte kann das Vertrauen des Auslandes errungen, die Wiedereinschaltung Deutschlands in die Weltwirtschaft erreicht werden.

Aber auch die Hilfe des Auslandes kann nur Erfolg haben, wenn wir selbst unsere Wirtschaft durch straffe Planung und schärfsten Kampf gegen alle zersetzenden Elemente auf die Produktionshöhe bringen, die unseren vordringlichsten Lebensbedürfnissen entspricht.

Gegen einen neuen Nationalismus und gegen die Schlammflut, die das ganze Volk zu verschlingen droht, gibt es nur einen Damm: den Neubau von Staat, Verwaltung und Wirtschaft. Den moralischen Zusammenbruch der alten Ordnung überwindet nur eine Kraft: die sozialistische Idee, deren Träger die Sozialdemokratische Partei ist. Sie tritt für die baldige politische Einheit Deutschlands ein und sieht den Ausweg aus dem Chaos in der Durchführung des folgenden Notprogramms:

Die gegenwärtige Lage

Die in der Präambel gegebene Beschreibung der gegenwärtigen Zustände macht einen Kommentar überflüssig. **Der Hauptteil des Aktionsprogramms** beschäftigt sich mit den Fragen der **Planung und Lenkung der Wirtschaft.** Zum Verständnis unserer Hauptforderungen müssen wir uns daher noch einmal ganz allgemein klar machen, in welcher Situation wir uns als Volk heute befinden.

Das alleinige wirtschaftliche Bestreben der Nationalsozialisten war es, alle Kräfte und Möglichkeiten der Wirtschaft, und insbesondere die gesamte menschliche Arbeitskraft auf ein einziges Ziel abzustellen, nämlich auf die Kriegswirtschaft und die Rüstung. Das bestimmte die wirtschaftliche und technische Organisationsform und die gesamte Verwaltungspraxis des nationalsozialistischen Staates. Das Ergebnis war, daß jeder einzelne wirtschaftliche Vorgang in Deutschland „planmäßig" auf den „totalen" Krieg abgestellt war.

Der Zusammenbruch des Nazisystems mußte somit gleichzeitig zu einer weitgehenden Lähmung, wenn nicht zum **völligen Zusammenbruch der wirtschaftlichen Organisation** Deutschlands führen. Was das in einem hoch industrialisierten Land und im Hinblick auf die sehr weitgehend durchorganisierte Lenkung der Wirtschaft durch den Staat bedeutete, braucht heute nicht mehr dargestellt zu werden. Das blinde Schicksal des Krieges hat Millionen Deutscher völlig enterbt und sie zu heimatlosen Bettlern gemacht. Auf der anderen Seite aber stehen andere Millionen Deutscher, an denen der Krieg, was Hab und Gut anbelangt, fast völlig unbemerkt vorübergegangen ist.

Deutschland und die deutsche Bevölkerung sind somit in einen zutiefst **revolutionären Umschichtungsprozeß** gestoßen worden, der vor keiner sozialen Schranke haltmacht.

Die Gesamtbilanz dieses Krieges, den der Nationalsozialismus verlieren mußte, damit Freiheit und Demokratie in Deutschland wieder erstehen konnten, führt zu einer einfachen und eindringlichen Erkenntnis:

Wenn Deutschland, wirtschaftlich und als Volk, sein Schicksal in die Hand nehmen und wieder zu einem gleichberechtigten Partner in der Familie der europäischen und Weltvölker werden will, dann muß **von Grund auf neu aufgebaut** werden. Der Weg zum langsam zu erarbeitenden neuen Wohlstand kann nur über eine **systematische und gut durchdachte Planung** gehen. Auf diesem Gebiet hätte bereits bisher mehr geleistet werden können. An Tausenden von Stellen sitzen heute noch die gleichen Kräfte fest verankert, die die Förderer und Stützen — und die Nutznießer — des Nazisystems waren, und denen wir das Elend und die Not des Nazikrieges verdanken. Wir wissen natürlich, daß an einen wirklichen **Neubau Deutschlands** erst herangegangen werden kann, wenn die Bedingungen bekannt sind, die der **Friedensvertrag** uns bringt, — und wir in die Lage versetzt werden, Inventur zu machen. Dann erst werden wir wissen, welches industrielle und landwirtschaftliche Potential uns verblieben ist. Deutschland hat aber schon fast zwei Jahre in völliger Lethargie verbracht. In diesen zwei Jahren ist die wirtschaftliche Substanz, die uns als Trümmererbe des Naziregimes geblieben ist, weiter erschreckend zusammengeschmolzen.

Wir müssen jetzt und heute durch eine entschlossene Wendung **den Weg aus dem Chaos beginnen.** Davon hängt unser ferneres Schicksal ab. Es ist darum selbstverständlich, daß die **Neuordnung der wirtschaftlichen Verhältnisse der wesentliche Teil eines sozialistischen Notprogramms sein muß.**

Die Forderungen des Programms

Im folgenden bringen wir den Text und die Erläuterungen des Aktionsprogramms:

Die Säuberung des politischen Lebens

1. Die politische Säuberung ist mit größter Beschleunigung und ohne Ansehen der Person durchzuführen. Aktivisten, Militaristen und Nutznießer sind mit Strenge zu bestrafen. Sie sind jedes politischen und wirtschaftlichen Einflusses zu entkleiden. Mitläufer und Minderbelastete sollen durch Sühnebescheide im summarischen Verfahren schnellstens in das Leben der Nation wieder eingegliedert werden. Die Jugendamnestie ist raschestens durchzuführen.

2. Gegen nationalsozialistische Propaganda, Terror und Denunziantenunwesen sind gesetzliche Handhaben zu schaffen, die mit unnachsichtiger Strenge im beschleunigten Verfahren anzuwenden sind.

*

Das Gesetz zur Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus vom 5. März 1946 ist **kein Strafgesetz.** Es wäre lächerlich, wollte man die in diesem Gesetz vorgesehenen Sühnemaßnahmen als Strafe für die ungeheuerlichen Verbrechen betrachten.

Sinn und Bedeutung dieses Gesetzes kann nur darin gesehen werden, den Einfluß nationalistischer und militaristischer Elemente ein für allemal auszuschalten. Alle diejenigen, die durch ihre Haltung in den vergangenen Jahren gezeigt haben, daß sie nicht fähig sind, an leitender Stelle in Verwaltung oder Wirtschaft zu stehen, sind für immer von solchen Schlüsselstellungen fernzuhalten.

Diese **notwendige Umschichtung** kann aber nur dann erreicht werden, wenn die Verfahren nach diesem Gesetz wesentlich rascher durchgeführt werden, wie dies bisher der Fall war.

Es ist die Aufgabe der Partei, bei der Durchführung dieses Gesetzes mitzuwirken, so daß die wesentlichen Ziele tatsächlich erreicht werden. Besonders aber sind alle Bestrebungen zu unterstützen, die dahin zielen, die Fälle der breiten Masse der Mitläufer aus dem Gesamtkomplex herauszunehmen und durch ein summarisches Verfahren zu erledigen. Bereits im Oktober ist von der SPD-Fraktion im verfassunggebenden Landesausschuß ein konkreter Vorschlag für die Lösung dieses Problems eingebracht worden. Dieser Vorschlag hat seinerzeit die Unterstützung der KPD und CSU gefunden. Inzwischen haben auch die Gewerkschaften diesen Antrag zu ihrer Forderung erhoben, so daß man mit Recht sagen kann, daß das ganze demokratische Bayern hinter diesem Vorschlag steht. Die SPD hat damit auch bei diesem schwierigen Problem bewiesen, daß sie eine Lösung will, die dem Sinn des Gesetzes gerecht wird, die aber die sinnlose Verschleppung und die damit verbundenen Härten und Störungen vermeidet. **Wir wollen Gerechtigkeit.** Es liegt an der breiten Öffentlichkeit, bei den Verhandlungen mit den Besatzungsmächten die SPD und ihre Vertreter zu unterstützen, damit diese Vorschläge anerkannt werden und damit zur raschen Durchführung kommen.

In der letzten Zeit mehren sich die Zeichen, daß die versprengten nationalsozialistischen Fanatiker erneut durch Propaganda und Terror die Entwicklung einer neuen staatlichen Ordnung zu stören versuchen. Die Bombenattentate von Stuttgart und Nürnberg, das freche Auftreten ehemaliger Nationalsozialisten und eine systematische Zersetzungspropaganda sind Zeichen einer Entwicklung, die bereits in ihren Anfängen unterbunden werden muß. Die Sozialdemokratie fordert daher in Artikel 2 des Aktionsprogramms die unnachsichtige Strenge des Gesetzes gegen nationalsozialistische Propaganda, Terror und Denunziantenunwesen. Sie wird durch entsprechende Anträge im Parlament Sorge dafür tragen, daß alle gesetzlichen Voraussetzungen für die Beseitigung der nationalsozialistischen Einflüsse geschaffen werden.

Planung und Bedarfsdeckung

3. Die Deckung der vordringlichsten Bedürfnisse der Bevölkerung und der planmäßige Aufbau der Produktion erfordert die Zusammenfassung aller Planungs- und Wirtschaftsbehörden an einer zentralen Stelle. In der Ausübung des demokratischen Kontrollrechts hat das Parlament mit besonderer Aufmerksamkeit die Arbeit dieser Zentralstelle zu überwachen, zu unterstützen und zu beschleunigen. Der Bürokratie sind Schranken zu setzen.

4. Die vorhandenen Vorräte und die laufende Produktion sind von den Wirtschafts- und Planungsstellen unter verantwortlicher Mitarbeit der Gewerkschaften und der Betriebsräte restlos zu erfassen. Um eine gerechte planmäßige Verteilung zu gewährleisten, werden bei den Wirtschaftsbehörden Kontrollausschüsse der Verbraucher unter maßgeblicher Beteiligung der Gewerkschaften eingerichtet.

5. Das gegenwärtige Bewirtschaftungssystem muß durch Anwendung aller organisatorischen, juristischen und politischen Mittel vor weiterem Verfall bewahrt werden. Für Schwarzhandel, Warenhamsterung und Verletzung der Ablieferungspflicht sind strenge Strafen im Schnellverfahren, vor allem Einweisung in Arbeitslager zu verhängen. Beamte und Behördenangestellte, die sich der Korruption oder der Beteiligung am Schwarzhandel schuldig gemacht haben, werden bestraft. Ihr Vermögen wird eingezogen.

*

Als sofort mögliche Maßnahmen verlangen wir die **Festlegung des vordringlichsten Bedarfs** der Bevölkerung, der bei allen verbliebenen Produktionsmöglichkeiten mit Vorrang zu befriedigen ist. Es darf nicht länger möglich sein, daß unnützes Zeug, Luxusgegenstände oder durchaus nicht lebensnotwendige Waren erzeugt werden, solange nicht jeder Mensch, besonders jeder Flüchtling und Ausgebombte, mit den primitivsten und notwendigsten Dingen des täglichen Lebens (Hausrat, Kleidung, Schuhwerk, Möbel) versorgt ist. Es muß und wird aus dieser Dringlichkeitsliste der Bedürfnisse ein Sofortprogramm für die Produktion entstehen, das selbstverständlich bei den verbliebenen Produktionsmöglichkeiten seine Grenzen hat. Eine derartige Aufgabe wird aber niemals erfüllt werden können, wenn dem Betätigungsdrang oder dem Privatinteresse einzelner Produzenten oder In-

teressenkreise freier Lauf gelassen bleibt. Sonst erleben wir weiterhin, daß es Kerzenhalter gibt, aber keine Beschläge für Fenster und Türen, und daß teures künstlerisches Porzellan statt des notwendigen Gebrauchsgeschirrs produziert wird, auf das Hunderttausende warten. Es liegt auf der Hand, daß von zentraler Stelle aus, die allein die Übersicht über die Produktionsmöglichkeiten wie über die der Industrie zur Verfügung stehenden Rohstoffe besitzt, **planmäßig gearbeitet werden muß.** Diese **zentrale Lenkung** bei der Ankurbelung des Produktionsprogramms allein vermag auch zu erreichen, daß der Vergeudung und Verzettelung der Rohstoffe endlich ein Ende gesetzt wird. Gegen das demagogische Argument, Planwirtschaft sei die Verewigung des Mangels, setzen wir gerade überzeugend die Behauptung, daß **ohne konsequente Planung die Überwindung des Mangels unmöglich ist.** Wir sind uns allerdings der Gefahren bewußt, die jede irgendwie „zentrale" Wirtschaftsinstanz in sich trägt und werden deshalb scharf darauf sehen müssen, daß der unvermeidlich notwendige bürokratische Apparat nicht länger der Beherrscher des Volkes ist, sondern der Diener der Allgemeinheit wird. Das zum erstenmal seit 1933 wieder freigewählte Parlament und die aus freiem Willen hervorgegangenen Gewerkschaften eröffnen die Möglichkeiten wirkungsvoller **demokratischer Kontrolle.** Zu diesem Zwecke ist es vor allem notwendig, das bisherige Bewirtschaftungssystem umzugestalten, zu straffen und zu demokratisieren, vor allem alle **Kontroll- und Verwaltungsinstanzen paritätisch aus Vertretern der Gewerkschaften und Unternehmer zu bilden.**

Das **Anlaufprogramm** einer auf die wirklichen Bedürfnisse der Bevölkerung zugeschnittenen Produktion muß logischerweise damit beginnen, die vorhandenen **Vorräte** und die bereits laufende Produktion erst einmal restlos zu erfassen. Eine derartige Maßnahme wird, wenn sie erfolgreich durchgeführt wird, automatisch zugleich einen wirkungsvollen Schlag gegen den Schwarzen Markt bedeuten. Die Wirtschafts- und Planungsstellen sollen aus diesem Grunde **in engster Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften und Betriebsräten** in Aktion treten: Die Werktätigen, die seit der Kapitulation das größte Opfer gebracht haben, um Deutschland nicht völlig im wirtschaftlichen Chaos untergehen zu lassen, sind die geeignetsten Kräfte, ein wirklich sauberes Fundament für den Neubau unserer Wirtschaft zu erstellen. An der **Produktionsbasis** selbst haben sie den besten Überblick darüber, was an Vorräten und laufender Produktion vorhanden ist, was erfaßt werden und planmäßig zum Einsatz kommen kann. Die Wirtschafts- und Planungsstellen selbst müssen von Männern besetzt werden, die verantwortlich gemacht werden müssen für die Leistung der einzelnen Abteilungen. Das Hand-in-Hand-Arbeiten aller Teile der Industrie und der Landwirtschaft muß ebenfalls sichergestellt werden.

Wenn wir mit dem Neubau der deutschen Wirtschaft und der Rettung Deutschlands vorankommen wollen, muß das **Vorbild der anständigen, sauber gebliebenen Menschen** und aller guten Demokraten dahin führen, daß alle jene, die durch Schwarzhandel, Warenhamsterung, Verletzung der Produktionsvorschriften oder Ablieferungspflichten usw. gegen die Interessen der Allgemeinheit verstoßen und den Neubau Deutschlands sabotieren, als Schädlinge des Volkes geächtet werden. Der **moralische Verfall** ist in Deutschland allerdings so weit fortgeschritten, daß wir im Interesse der Aufbauwilligen und auch zum Schutz der deutschen Wirtschaft nicht davor zurückschrecken dürfen, drastische Strafen zu verlangen. Sie sind unumgänglich notwendig, um dem weiteren Verfall der Moral Einhalt zu

bieten und dem anständigen Staatsbürger das Gefühl zu geben, daß seine anständige Haltung wieder geschützt wird. Deshalb verlangen wir vor allem, daß Beamte und Behördenangestellte, die sich der Korruption oder der Beteiligung am Schwarzhandel schuldig gemacht haben, rücksichtslos bestraft werden. Wenn wir davon absehen, die Todesstrafe für solche Verbrechen zu verlangen, wie es in anderen Ländern, z. B. in Frankreich geschehen ist, dann besonders deshalb, weil wir glauben, daß der größte Teil des deutschen Volkes anständig geblieben ist und große Schichten des deutschen Volkes nur durch die Not auf unrechte Bahn abgedrängt worden sind.

Kredit- und Investierungspolitik

6. Die Investierungspolitik der Geld- und Kreditinstitute und der Versicherungsgesellschaften ist zu beaufsichtigen und der Gesamtplanung unterzuordnen.

*

Jede planmäßige Führung einer Wirtschaft, erst recht aber der für Deutschland notwendige **Neubau** des gesamten wirtschaftlichen Produktionsapparates, macht eine zielbewußte Lenkung der Geld- und Kreditwirtschaft unerläßlich. Da die Kreditinstitute und Versicherungsgesellschaften in jeder modernen Volkswirtschaft die Funktion erfüllen, das Sparkapital an sich zu ziehen und neu anzulegen, ist eine systematische Erfassung dieser Einrichtungen eine der entscheidenden Voraussetzungen für eine **planmäßige Geld- und Kreditwirtschaft.** Die derzeitigen Geldverhältnisse, die durch eine **Währungsreform** in absehbarer Zeit gründlich bereinigt werden müssen, legen heute über die wirkliche **Armut Deutschlands** und jedes einzelnen deutschen Staatsbürgers einen Schleier, der es selbst dem Fachmann schwer macht, den wirklichen Stand der Wirtschaft und die Tiefe des Chaos zu erkennen.

Um so notwendiger ist es deshalb, der Frage der **Investierungen** besondere Aufmerksamkeit zu schenken. Wir können es uns in Deutschland nicht mehr leisten, daß das zusammengeschmolzene Volksvermögen durch Fehlinvestierungen noch weiter vergeudet wird. Das, was Deutschland produktionsmäßig und finanziell für seinen Neubau bleibt, muß mit äußerster Sorgfalt und nach reiflicher Überlegung planmäßig dort eingesetzt werden, wo es den größten Nutzen für die Gesamtwirtschaft verspricht. Eine Produktionspolitik, die auf die Deckung des echten, dringlichen Bedarfs der Bevölkerung abgestellt ist, wäre zum Scheitern verurteilt, wenn die Investierungspolitik nicht ebenso planmäßig und konsequent auf dieses Produktionsprogramm abgestellt würde. Es ist deshalb in Zukunft weniger denn je volkswirtschaftlich tragbar, der Initiative des einzelnen Unternehmers weiterhin freien Lauf zu lassen. Es kann auch nicht länger dem Gutdünken oder der Gewinnsucht der Banken, Kredit- und Versicherungs-Institute überlassen bleiben, wo und wie sie die Spargroschen der ganzen Nation anlegen wollen. Es muß unmöglich gemacht werden, spekulative Produktionen zu finanzieren, solange echter volkswirtschaftlicher Bedarf ungedeckt und unbefriedigt geblieben ist.

Währungsreform und Lastenausgleich

7. **Das zerrüttete Geldwesen muß beschleunigt durch Währungsreform im Zusammenhang mit der Steigerung der Produktion im gesamtdeutschen Rahmen neugestaltet werden. Kriegs- und Schiebergewinne sind wegzusteuern. Die Lasten, die sich aus der Währungsreform ergeben, sind unter Heranziehung des Gesamtbesitzes zu verteilen. Der Besitz des kleinen Mannes ist zu schonen.**
8. **Im Zuge der finanziellen Neuordnung ist ein Lastenausgleich zwischen den Besitzenden und den durch den Krieg hart Betroffenen, Flüchtlingen, Ausgebombten, Kriegsversehrten, Witwen und Waisen vorzunehmen.**
9. **Die Ansprüche der politisch, rassisch und religiös Verfolgten sollen beschleunigt festgestellt werden. Auf die künftigen Entschädigungen können in Notfällen sofort Vorschüsse gezahlt werden.**

*

Es ist für den Laien immer schwer, sich ein klares Bild der Zusammenhänge zu machen, die zwischen Geld- und Währungsfragen und den Wechselwirkungen zur Produktion bestehen. Wir haben heute den Zustand, daß eine bestimmte Kategorie von Menschen über Millionenbeträge von Geld verfügt, während auf der anderen Seite die Millionen der Werktätigen und alle durch das Nazisystem und den Krieg Entrechteten selbst bei harter und anstrengender Arbeit kaum noch genügend verdienen können, um ihren Lebensunterhalt einigermaßen menschenwürdig zu fristen. Seit Monaten weiß jeder, daß dieser **völlig unwirklich gewordene Zustand** unhaltbar ist.

Das entscheidende Problem der Reform unserer Währung und unseres Geldwesens ist die Frage, ob damit der notwendige soziale Ausgleich verbunden werden soll, um den wir in Deutschland nicht herumkommen. Wir Sozialdemokraten vertreten den Standpunkt, daß es unbillig und ungerecht wäre, die Währungsreform, also die **Beseitigung der fragwürdig gewordenen Geldmilliarden** der Nazis und die Schaffung einer neuen stabilen Währungs- und Zahlungseinheit, mechanisch vorzunehmen, somit dem Millionär prozentual nicht mehr abzunehmen als dem Kleinrentner, oder etwa den Sachwertbesitzer überhaupt unbelastet zu lassen. Da der Neubau Deutschlands von vornherein scheitern muß, wenn es uns nicht gelingt, alle Deutschen auf eine neue soziale und gesellschaftliche Lebensbasis zu stellen, muß ein **Lastenausgleich** erfolgen.

Die Durchführung der Währungsreform wird mit aller Brutalität zeigen und jedem klarmachen, auf welchem Tiefstand volkswirtschaftlicher Verarmung wir den Neubau beginnen müssen. Wir sind deshalb **gegen eine mechanische Währungsreform** und vertreten mit allem Nachdruck den Standpunkt, daß, wie jede wirtschaftliche Maßnahme so auch die Währungsreform aufgefaßt werden muß als **Teilaufgabe** zur Lösung dieses großen sozialen Problems. Wir erheben deshalb nicht nur die selbstverständliche Forderung, daß alle Kriegs- und Schiebergewinne weggesteuert werden müssen, sondern treten dafür ein, daß Zug um Zug mit der Währungsreform eine **Lastenverteilung** und ein Lastenausgleich erfolgen müssen, die den vom Schicksal völlig Enterbten neue Lebens- und Arbeitsmöglichkeiten sichern, den Besitz der Rentner und des kleinen Mannes schonen, aber den tragfähigen Schultern vor allem der Sachbesitzer die Hauptlasten auferlegen. Wir

wissen darüber hinaus aus der Kenntnis des sozialen Gesellschaftsgefüges des Dritten Reiches nur zu gut, daß wir mit einer derartigen Währungsreform jene Kreise treffen würden, denen wir im wesentlichen das Unglück unseres Landes verdanken und die seit 1933 Hauptnutznießer des Naziregimes gewesen sind.

Das Verhältnis von **Löhnen und Preisen** ist für die arbeitende Bevölkerung von gleich großer Bedeutung wie für die Bauernschaft. Kann der Arbeiter nicht kaufen, ist mit anderen Worten die Kaufkraft der arbeitenden Bevölkerung nicht ausreichend, um die industriellen und landwirtschaftlichen Produkte aufnehmen zu können, so muß ein Überangebot von Waren zum Sturz der Preise und damit zum Verlust der Rentabilität sowohl der handwerklichen und industriellen, wie vor allem auch der landwirtschaftlichen Betriebe führen. Zwar hat schon unter dem Naziregime jeder natürliche Zusammenhang zwischen dem Lohn- und Preisgefüge der Volkswirtschaft durch Zwangseingriffe zu funktionieren aufgehört, und der **Lohn- und Preisstopp** ist zur Regel geworden. Die Zusammenhänge sind dadurch wohl zur Starre gebracht, — die volkswirtschaftlichen Zusammenhänge deswegen aber keineswegs aus der Welt geschafft worden. Ganz im Gegenteil hat sich nur erneut erwiesen, daß es keinen wirksamen Preis- und Lohnstopp gibt. Der Arbeiter, Angestellte, Beamte, für den der Lohnstopp eine „eiserne" Regel geworden ist, ist bisher noch immer der Leidtragende jeder „Stopp-Politik" geworden, — denn keine Stoppverordnung hat bisher jemals zu verhindern vermocht, daß die Preise dennoch weiter gestiegen sind.

Die **„Stopp-Wirtschaft"** hat auch in Deutschland völlig versagt mit dem Ergebnis, daß heute die arbeitende Bevölkerung auf Hungerlöhnen und -Gehältern sitzt, während die Preise von Monat zu Monat weiter davongeklettert sind. Die **Steuergesetzgebung** hat schließlich das ihre dazu beigetragen, die Lebensverhältnisse der Schaffenden völlig unhaltbar zu machen. Von kaum veränderten Stopp-Verdiensten sind nicht nur noch weit höhere Einkommens-Steuern erhoben worden, als es bereits unter dem Naziregime der Fall war. Darüber hinaus ist die Kaufkraft auch noch dadurch empfindlich zusammengeschrumpft, daß die Steuern auf eine Reihe lebensnotwendiger und unentbehrlicher Verbrauchsartikel gewaltig erhöht worden sind.

Wir als Sozialdemokraten wissen nur zu gut, daß der Nazikrieg dem deutschen Volk schwere wirtschaftliche Einbußen mit der unvermeidlichen Folge einer beträchtlichen Verschlechterung seiner gesamten Lebenshaltung auf Jahre hinaus auferlegt. Gerade deshalb aber ist es untragbar, daß diese Lasten einseitig verteilt sind und die schaffende Bevölkerung besonders hart betroffen wird. Der Zustand, der die Verhältnisse heute charakterisiert — daß die Schaffenden mit ihren Stopp-Verdiensten kaum noch in der Lage sind, den allernotwendigsten Lebensunterhalt bestreiten zu können und wegen der überhöhten Preise teilweise schon darauf verzichten müssen, sich ein Glas bescheidenes Dünnbier und die wenigen Rauchwaren zu gönnen, zeigt die völlige Unhaltbarkeit der Lage. Ihr kann man nicht begegnen durch kleine, hier und da für die eine oder andere Arbeitergruppe erfolgende Lohnaufbesserungen, die den Namen „Lohn-Angleichungen" zu Unrecht tragen —, hier kann nur Wandel geschaffen werden, indem auch auf diesem Gebiet durch eine gründliche Korrektur längst unhaltbar gewordener Preis-Lohn-Relationen die Voraussetzungen für einen gesunden Unterbau einer wirtschaftlichen Aufwärtsentwicklung geschaffen werden. Die Gewerkschaften, deren wichtigste Aufgabe und Funktion es ist, die Arbeits- und Verdienstverhält-

nisse der Schaffenden zu vertreten und zu verbessern, werden in der Sozialdemokratie stets bereite Helfer finden, wenn es an die Lösung dieser großen Aufgabe geht. Daß sie nicht mehr lange hinausgeschoben werden kann, bedarf keiner langen Begründung mehr.

Es ist eine Selbstverständlichkeit und ein Akt ausgleichender Gerechtigkeit zugleich, wenn den politisch, rassisch und religiös Verfolgten das wiedergegeben wird, was ihnen vom nationalsozialistischen Regime genommen wurde.

Arbeitsbeschaffung und Arbeitsmarktpolitik

10. Wir verlangen, daß die zuständigen Stellen unverzüglich alle Vorbereitungen treffen, um sobald als möglich öffentliche Arbeiten, Straßenausbesserungen, Umbauten, Neubauten, Gewinnung weiterer Wasserkräfte, Kanalbauten, Flußkorrekturen usw. in großem Umfange aufnehmen zu können.

11. Die planvolle Führung der Wirtschaft ist unmöglich ohne geordnete Arbeitsmarktpolitik. Die vorhandenen Arbeitskräfte müssen durch Lenkung, Schulung und Umschulung zielbewußt eingesetzt werden. Die Neubürger, Versehrten und Jugendlichen sind planmäßig einzubauen. Die für die Erhaltung der Familie durch die Frau geleistete Arbeit ist der Berufsarbeit gleich zu erachten.

12. Zur Aufrechterhaltung und Steigerung der Produktion und zur Erhaltung der menschlichen Arbeitskraft ist ein Ernährungssatz von zunächst 2 400 Kalorien für Normalverbraucher anzustreben unter besonderer Berücksichtigung der Fett- und Eiweißrationen.

*

In der ganzen Welt stehen zwei große Aufgaben und Zielsetzungen seit Jahren im Mittelpunkt aller Erörterungen. Das eine Ziel ist die Erlangung der Vollbeschäftigung, das andere die Erreichung der sozialen Sicherheit. Wenn das Problem der Vollbeschäftigung nicht gelöst werden kann, dann erscheint wieder das Gespenst der Massenarbeitslosigkeit, dann drohen wieder jene Millionenheere der Erwerbslosen, die wir vor dem Kriege in jedem Lande kannten und die in mehr oder minder regelmäßigen Zeitabständen der Ausdruck der kapitalistischen Mißwirtschaft gewesen sind. Wir wissen darüber hinaus nur noch zu gut, daß der soziale Unruheherd, den jede Wirtschaftskrise schafft, der Nährboden war, der erst den Nationalsozialismus groß und dann das Elend und die Not in Deutschland noch größer gemacht hat.

Im Deutschland von heute hat das Problem der Vollbeschäftigung ein wesentlich anderes Gesicht, als in manchem anderen Land. Wenn wir unsere zerbombten Städte und die Trümmerfelder unserer Industrien sehen, so ist es jedem klar, daß die gesamte deutsche Bevölkerung auf Jahrzehnte hinaus „vollbeschäftigt" sein würde, nur um die Trümmer zu beseitigen und auf den Trümmerfeldern neue Arbeits- und lebenswürdige Wohnstätten zu errichten. Der Krieg hat den gesamten deutschen Wirtschafts- und Verkehrsapparat in ein so unvorstellbares Chaos verwandelt, daß für Deutschland nicht ein Programm der Arbeitsbeschaffung im wirklichen Sinne dieses Wortes in Frage kommt, sondern das Problem des Arbeitseinsatzes im Vordergrund steht. Allerdings ist die „Mangelware Mensch" in

Deutschland trotz scheinbarer Übervölkerung so knapp, und die menschliche Arbeitskraft außerdem infolge der Verarmung und der Vernichtung großer Teile unserer Industriekapazität zu einem so wichtigen Rohstoff geworden, daß sie sorgfältigster Planung und nachhaltigsten Schutzes bedarf. Da es in Deutschland nicht darum geht, Schutthaufen wieder aufzubauen, sondern darum, **aus den Trümmern ein neues Deutschland zu errichten,** ist es keineswegs nebensächlicher Natur, wo, wofür und in welchem Umfang der arbeitende Mensch eingesetzt wird. Wir brauchen deshalb ein **Arbeitsprogramm,** das — in ähnlicher Weise, wie das Produktionsprogramm auf den vordringlichsten Bedarf der Bevölkerung abgestellt ist — planmäßig und konsequent den dringlichsten Anforderungen der Wirtschaft Rechnung tragen muß. Bei der Lösung dieser Aufgabe für ganz Deutschland wie bei der Lösung der Teilaufgabe, die Bayern dabei zufällt, muß deshalb reiflich überdacht werden, ob etwa die **öffentlichen Arbeiten** im Straßenbau wichtiger sind als die Gewinnung weiterer Wasserkräfte, oder ob Kanalbauten vordringlicher sind als der Neubau öffentlicher Gebäude; ob Schulen wichtiger sind als Finanzämter, — und Wohnblocks notwendiger als Einfamilienhäuser. Es ergibt sich dabei zwangsläufig und folgerichtig, daß eine **wirksame Arbeitsmarktpolitik** getrieben werden muß, deren Aufgabe es ist, die trotz der scheinbaren Überbevölkerung Restdeutschlands dennoch überaus knapp gewordene volkswirtschaftliche Arbeitskraft planmäßig einzusetzen. Ohne **sinnvolle Menschenökonomie** wäre der Produktionsaufbau eine Maschinerie ohne Motor, und jedes noch so sorgfältig ausgedachte Produktionsprogramm bliebe auf dem Papier, wenn die geschulten Hände fehlen würden, es in die Tat umzusetzen.

Eine der wichtigsten Aufgaben, die in diesem Zusammenhang gesehen gelöst werden müssen, ist die **wirtschaftliche Eingliederung** aller der Menschen, die der Krieg aus ihrer Heimat vertrieben und in eine völlig neue Umgebung gebracht hat. Da das Hitlererbe uns Hunderttausende **Kriegsversehrter** hinterlassen hat, ist deren planmäßige Eingliederung im doppelten Sinn notwendig. Diesen Kriegsversehrten muß eine Lebensexistenz gegeben werden und außerdem muß ihre, wenn auch eingeschränkte, Arbeitskraft dem deutschen Volke erhalten bleiben. Mehr denn je machen die harten Lebensbedingungen, mit denen wir auf Jahrzehnte rechnen müssen, es notwendig, die von der Frau für die Erhaltung der Familie geleistete Arbeit der Berufsarbeit in Fabrik, Werkstatt oder Büro völlig gleichzustellen.

Für uns unterliegt es keinem Zweifel, daß alle Forderungen und Hoffnungen, die Ernährung der deutschen Bevölkerung zu verbessern, nichts nützen werden, wenn wir nicht selbst aus eigener Kraft durch eine gut überdachte, planmäßig ausgerichtete Wirtschafts- und Menschenpolitik dafür sorgen, die Produktivität jedes einzelnen und damit der gesamten Volkswirtschaft zu steigern.

Bauwirtschaft und Wohnungswesen

13. Eines der vordringlichsten Ziele der Planwirtschaft ist die Beseitigung des Wohnungselendes. Die Bewirtschaftung des vorhandenen Wohnraums muß den Bedürfnissen aller in gerechter Weise Rechnung tragen. Vor allem ist mit größter Beschleunigung vorzunehmen: Die Schaffung von neuem Wohnraum; die Vornahme von Reparaturen; der Ausbau von Wohnungen; die Beschaffung von Bauplätzen und Baustoffen und die Inangriffnahme von

Neubauten. Die Bautätigkeit ist durch die staatliche und gemeindliche Förderung von Baugenossenschaften anzuregen. Bei Verteilung von Wohnraum sollen Vertreter der Ortseingesessenen, der Neubürger und Ortsfremde zusammenwirken.

14. Alle Erfindungen und jede technische Vervollkommnung zur Verbesserung der Produktion sind zu berücksichtigen. Die Erfinder sind zu fördern.

*

Mehr als jede andere Aufgabe verlangt das Wohnungsproblem gebieterisch nach einem **großzügigen Sofortprogramm.** Die Not ist auf diesem Gebiet so groß, daß wir aus rein volkswirtschaftlichen Gründen für absehbare Zeit vorläufig davon Abstand nehmen müssen, an die Lösung des Wohnungselends mit friedensmäßigen Vorstellungen heranzugehen. Schnelles Handeln ist hier das erste und vordringlichste Gebot, weil unter Einsetzung aller verfügbaren Mittel und unter Ausnutzung aller vorhandenen Möglichkeiten mit denkbar größter Beschleunigung einigermaßen menschenwürdiger neuer Wohnraum um jeden Preis geschaffen werden muß. Die **Dringlichkeit,** die, wie uns bisweilen scheinen will, fast noch der der Bedarfsdeckung für andere lebensnotwendige Güter vorangestellt werden muß, verlangt die sofortige Inangriffnahme von **Reparaturarbeiten,** den Ausbau oder Umbau vorhandener Wohnungen und die beschleunigte Beschaffung neuer Bauplätze.

Selbst wenn die nicht länger hinauszuschiebende Inangriffnahme von Neubauten großen Stiles aus Mangel an Baustoffen (und voraussichtlich auch an Arbeitskräften) nicht so erfolgen kann, daß diese Bauten „normalen" Anforderungen nach jeder Richtung hin genügen, muß dabei doch darauf gesehen werden, daß eine Planung erfolgt, die es später ermöglicht, die unter dem Druck der Not und mit den zurückgeschraubten Maßstäben unserer Notzeit errichteten Bauten vollwertig ersetzen zu können.

Die **Knappheit der Rohstoffe,** mit der wir auf lange Jahre rechnen müssen, macht es zwingend notwendig, der Schaffung neuer Baustoffe besondere Aufmerksamkeit zuzuwenden. Bei den gigantischen Anforderungen, die an ein planmäßiges Bauprogramm in Deutschland, wie in Bayern und jedem anderen Land, gestellt werden, ist die sorgfältige und zielbewußte Planung der Produktion sämtlicher Baumaterialien unabdingbares Erfordernis. Der **Zement,** der auf Jahre hinaus neben der Kohle und dem Eisen der wichtigste Rohstoff für die ganze deutsche Volkswirtschaft sein wird, muß sorgfältig bewirtschaftet werden.

Sozialisierung

15. Wir verlangen die sofortige Inangriffnahme der Überführung des Bergbaues, der Eisen- und Stahlerzeugung, der Energiewirtschaft und -versorgung und des Verkehrs in den Besitz der Allgemeinheit. Die Arbeitnehmer dieser Betriebe sind an der Kontrolle und Leitung zu beteiligen. Die unter Vermögenskontrolle stehenden Betriebe der Aktivisten und Hauptschuldigen sollen in allen geeigneten Fällen in die öffentliche Hand oder in die Rechtsform gemeinnütziger Genossenschaften überführt werden.

Wenn es eines Beweises bedurft hätte, wie berechtigt die seit Jahrzehnten erhobene Forderung der **Sozialisierung der wichtigsten Schlüsselindustrien** ist, dann haben ihn das Naziregime und der Krieg gebracht. Die Großgrundbesitzer und die Beherrscher der industriellen Königreiche haben nicht nur Hitlers Machtaufstieg finanziert, sondern waren schon vor seiner Herrschaft entschlossen, die politische Macht, die sie mit ihrer wirtschaftlichen Machtposition in Deutschland errungen hatten, gegen die Interessen der Arbeiterschaft und damit, des ganzen Volkes einzusetzen.

Solange die wichtigsten Rohstoffe und Schlüsselindustrien Deutschlands in der Hand privater Kapitalisten sind, wird die Gefahr nie schwinden, daß politischer Mißbrauch damit getrieben wird. Die bedenkenlose Unterstützung, die die Großindustrie und die Hochfinanz dem Nationalsozialismus gegeben haben, wäre allein schon genügend Grund, die Enteignung dieser Betriebe durchzuführen.

Die sozialistische Forderung nach **Überführung der wichtigsten Kommandohöhen der Industrie und der Produktion in die Verfügungsgewalt der Allgemeinheit** ist aber nicht jungen Datums, sondern beruht auf der Erkenntnis, daß eine planwirtschaftliche Lenkung der Wirtschaft von vornherein scheitern müßte, wenn sich die wichtigsten Positionen innerhalb der Gesamtwirtschaft dieser planmäßigen Lenkung entziehen könnten. Darüber hinaus wissen wir alle, wie oft und verhängnisvoll gerade diese wirtschaftlichen Machtpositionen mißbraucht worden sind, um den sozialen Fortschritt zu sabotieren.

Die wechselseitige Verbundenheit aller Bestandteile der Gesamtwirtschaft fordert gebieterisch, daß das **Prinzip der solidarischen Dienstleistung** an Stelle des Prinzips der privaten Profitinteressen gestellt wird. Überall, wo lebenswichtige Interessen des ganzen Volkes durch wirtschaftliche Vorgänge und Maßnahmen in Frage stehen und durch Fehlmaßnahmen einzelner Kapitalisten in Frage gestellt würden, muß eine Organisationsform gefunden werden, die die ausschließliche Wahrung der Interessen des Volkes einwandfrei sicherstellt. So sehr wir den Standpunkt vertreten, daß das **Privateigentum** des Einzelnen im Prinzip unangetastet bleiben soll und bleiben muß, so entschieden vertreten wir die Auffassung, daß die Entprivatisierung von Betrieben oder wirtschaftlichen Machtpositionen überall dort erfolgen muß, wo in der wirtschaftlichen Entwicklung der letzten Jahrzehnte die Trennung von Eigentum und Kontrolle des Eigentums erfolgt ist. Wir verlangen deshalb, daß **Bergbau, Eisen- und Stahlerzeugungsbetriebe, die gesamte Energiewirtschaft und die Verkehrsmittel in den Besitz der Allgemeinheit überführt werden.**

Diese Forderung kann in Bayern leicht erfüllt werden, weil ein Teil des **Bergbaues** bereits Staatsbesitz ist, also nicht nach privaten Interessen bewirtschaftet wird; zum andern, weil sich die **Energiewirtschaft** ebenfalls fast restlos im Besitz der öffentlichen Hand befindet.

Wesentlich größer ist die Bedeutung dieser Forderung für die wirtschaftliche Struktur ganz Deutschlands. Für das Kraftzentrum der deutschen Industrie, das Ruhrgebiet, ist sie von entscheidender Bedeutung. Da das neue Deutschland entschlossen ist, die internen wirtschaftspolitischen Maßnahmen so zu gestalten, daß auf internationaler Ebene eine friedliche wirtschaftliche Zusammenarbeit und friedlicher Wettbewerb mit allen Ländern Europas und der Welt gesichert sind, ist die Überführung der Produktionsanlagen aller wichtigen Schlüsselindustrien und die endgültige Brechung der privaten Macht ausschlaggebend für den Ein-

bau der deutschen Wirtschaftseinheit in das Gefüge Europas. Die **Entprivatisierung**, die der entscheidende verwaltungstechnische Vorgang bei der Überführung von Privatbetrieben in den Besitz der öffentlichen Hand ist, bietet zugleich auch die alleinige Garantie dafür, daß die **wirtschaftlichen Monopolpositionen** Deutschlands, die eine der entscheidenden Voraussetzungen für den Aufstieg des Nationalsozialismus gewesen sind, ein für allemal verschwinden.

Zugleich sichert nur die Entprivatisierung dieser maßgeblichen Wirtschaftspositionen den Arbeitnehmern, als den wichtigsten Trägern nicht nur der Produktion, sondern überhaupt des Neubaues Deutschlands, die Rolle, die sie bei der **Kontrolle und der Leitung der Betriebe** haben müssen. Erst wenn neben den leitenden Organen der sozialisierten Betriebe die volle demokratische Mitwirkung der Arbeiter, Angestellten und technischen Beamten gesichert ist, besteht die Garantie, daß in Zukunft alle für den Neubau entscheidenden Industrien wirklich im Interesse der Allgemeinheit gelenkt werden. Alle bereits verstaatlichten Unternehmungen sind mit modernem, sozialistischem Geist zu erfüllen.

Es ist für uns eine Selbstverständlichkeit, die Forderung zu erheben, daß neben den bereits genannten Wirtschaftszweigen und Betrieben alle diejenigen **Betriebe früherer Aktivisten und Hauptschuldiger**, die dafür geeignet erscheinen, ebenfalls in den Besitz der öffentlichen Hand überführt werden sollen. Wenn dies nicht möglich ist, verlangen wir, daß diese Betriebe die Rechtsform gemeinnütziger Genossenschaften bekommen sollen.

Staatshaushalt

16. Steuer- und Haushaltspolitik ist auf folgende Erfordernisse abzustellen: Die kleinen Einkommen zu entlasten; die Störung des Wirtschaftslaufs zu verhüten; Arbeit für Jedermann zu beschaffen. Den privaten und öffentlichen Investierungen ist die Richtung auf die Erhaltung und Verbesserung der deutschen Produktionskraft und Exportfähigkeit zu geben. Steuerliche Lasten sind in sozial gerechter Weise zu verteilen.

17. Wir unterstützen alle Bestrebungen, die zur Herbeiführung der wirtschaftlichen Einheit Deutschlands geeignet erscheinen. Wir setzen uns für die sofortige Errichtung eines zentralen beratenden Organs für Wirtschafts- und Finanzfragen beim Kontrollrat ein.

*

Jeder Versuch zu planmäßiger Führung der Wirtschaft müßte scheitern, wenn der **Staatshaushalt** nicht grundsätzlich darauf abgestellt wäre, den finanziellen Notwendigkeiten planmäßiger Wirtschaftsführung Rechnung zu tragen. Grundsätzlich kann — auch in Übereinstimmung mit den modernen Anschauungen der Finanzpolitik — die Staatshaushaltspolitik nicht mehr in der alten Form von Jahres-Budgets geführt werden, sondern muß auf längere Wirtschaftsperioden abgestellt werden. Dem Staat sind längst weit größere Aufgaben zugefallen, als es früher der Fall war, und im Hinblick auf die gewaltigen finanziellen Anstrengungen, mit denen der Neubau der deutschen Wirtschaft verbunden ist, muß die Staatshaushaltspolitik konsequent in den Dienst der Finanzierung dieses Neubaues

gestellt werden. Die volle Erschließung aller noch verbliebenen Produktivkräfte der deutschen Wirtschaft und darüber hinaus die planmäßige Versorgung der in den Besitz der öffentlichen Hand überführten Industrien und Betriebe, macht eine sorgfältig ausgewogene Finanzpolitik des Staates auf lange Sicht unerläßlich.

Wir haben unter dem Kapitel „Währungsreform und Lastenausgleich" bereits ausgeführt, welche finanziellen Sofortmaßnahmen zur Durchführung gelangen müssen, damit erst einmal die Basis hergestellt wird, auf der dann die steuerlichen Lasten in sozial gerechter Weise verteilt werden können. Diese Maßnahmen werden automatisch eine große Anzahl jener großen Vermögensunterschiede und jene **unsozialen Einkommensverhältnisse** beseitigen, die die Vergangenheit charakterisert haben. Auf einer neuen, sozial gerechteren Basis müssen dann progressive, also mit der Höhe der Einkommen steigende, direkte Steuern und darüber hinaus gestaffelte Erbschaftssteuern weiter dafür sorgen, daß diese Kosten des Neubaues der deutschen Wirtschaft und die Lasten des Krieges und der Reparationsleistungen zu einer gleichmäßig verteilten wirtschaftlichen Belastung aller, entsprechend dem Zahlungsvermögen jedes einzelnen, führt.

Für uns ist die Herbeiführung der **wirtschaftlichen Einheit Deutschlands** eine Notwendigkeit nicht nur deshalb, weil wir wissen, daß die wirtschaftliche Zersplitterung Deutschlands alles zunichte machen würde, was an ehrlichem demokratischem Wollen und dem ehrlichen Bemühen, Wiedergutmachung zu leisten, vorhanden ist, sondern insbesondere deshalb, weil wir davon überzeugt sind, daß ohne eine wirtschaftliche Gesundung Deutschlands Europa nicht gesunden kann. Die **europäische Funktion**, die Deutschland zu erfüllen hat, kann nur erfüllt werden, wenn und solange dieses Deutschland eine wirtschaftliche Einheit ist. Wir unterstützen deshalb alle Maßnahmen, die geeignet sind, die Zonengrenzen wirtschaftlich zu überwinden und die Wirtschafts- und Finanzfragen unter eigener Verantwortung zu koordinieren und auf das gemeinsame Ziel auszurichten.

Verwaltung, Gemeindepolitik, Gesundheitswesen

18. Wir fordern die Vereinfachung, Entbürokratisierung und Demokratisierung der Verwaltung durch die Heranziehung geeigneter, wenn auch nicht akademisch vorgebildeter Kräfte in die höchsten Staatsstellen.

19. In der Selbstverwaltung der Gemeinden fordern wir die Durchführung der freiheitlichen Grundsätze gegenüber allen bürokratischen Hemmungen.

20. Die Planung, Leitung und Überwachung des gesamten Gesundheitswesens ist in erster Linie Aufgabe des Staates.

*

Die Gemeinden als die untersten Zellen politischer Willensbildung müssen stärker als bisher auch zur Erfüllung staatlicher Aufgaben eingeschaltet werden. Die in den verschiedenen Ämtern und Behörden getrennten Aufgabenbereiche staatlicher Verwaltungstätigkeit sollen auf der untersten Stufe (möglichst in der Gemeinde) zusammengelegt werden, damit die Bevölkerung weniger als bisher Zuständigkeitsüberlegungen anstellen muß. Eine klare **Abgrenzung der Aufgabengebiete in Gemeinde-, Kreis- und Bezirksstufen muß zu einer Vereinfachung der**

Verwaltung führen. Die gewählten Körperschaften (Gemeinderat, Kreistag und Bezirkstag) müssen an Stelle eingesetzter Beamter die Entscheidungen treffen, die Einzelpersonen wie die Gesamtbevölkerung in allen Dingen des täglichen Lebens berühren. Damit die **Entbürokratisierung und Demokratisierung** der gesamten Verwaltung durch Einschaltung der gewählten Körperschaften und deren Ausschüsse auch gewährleistet wird, sind unter Aufgabe des bisher üblichen Auswahlsystems zuverlässige demokratische und charakterlich einwandfreie Kräfte in allen öffentlichen Amtsstellungen heranzuziehen. Hierzu ist vor allem anzustreben, daß aus anderen freien Berufsgruppen stammende erprobte Kräfte unter Schaffung einer elastischen Prüfungs- und Laufbahnordnung der staatlichen Verwaltung zugeführt werden.

In sämtlichen Behörden und Amtsstellen sind Ausschüsse zu schaffen, deren Entscheidungen an Stelle büromäßiger Beschlüsse treten (z. B. der Wirtschaftsämter, Straßenverkehrsamt, Baustoffverteilung usw.).

Da die Planung, Leitung und Überwachung des **Gesundheitswesens** eine Aufgabe des Staates ist, sind zu deren demokratischer Durchführung die nachfolgenden Punkte zu beachten:

1. Die staatlichen Organe der Gesundheitsverwaltung sollen auch in den Gesundheitsämtern demokratische Einrichtungen schaffen, ähnlich dem vom Innenministerium gebildeten Landesausschuß für Gesundheitswesen.
2. Die Vertreter der Allgemeinheit sind über geplante Verbesserungen des Gesundheitswesens dauernd auf dem laufenden zu halten und die von ihnen gegebenen Anregungen zu verwerten.
3. Die Zusammenarbeit zwischen Außenstellen und Gesundheitsabteilung des Innenministeriums ist zu verbessern, insbesondere das Berichtswesen so zu vervollkommnen, daß die Volksvertretung dauernd einen Überblick über den Gesundheitszustand der Bevölkerung hat und von drohenden Gefahren rechtzeitig erfährt.
4. Die Presse muß durch regelmäßige Lage und Tatsachenberichte unterstützt werden, so daß sensationelle oder unbegründete Panikgerüchte vermieden werden.
5. Das bayerische Ärztegesetz ist nach demokratischen Grundsätzen zu revidieren und damit Flüchtlings- und verfolgten Ärzten möglichst eine Berufstätigkeit zu sichern.
6. Die Außenstellen der Gesundheitsverwaltung haben tatkräftiger als bisher und aus eigenem Antrieb die politischen Säuberungsbestrebungen der Gesundheitsabteilung zu unterstützen.

Sozialversicherung und Fürsorge

21. Der Neubau des gesamten Sozialversicherungswesens muß einheitlich für alle Besatzungszonen in engster Zusammenarbeit mit den Gesundheitsbehörden beschleunigt vorgenommen werden.

22. Die Fürsorge für die Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen des ersten und zweiten Weltkrieges, sowie der durch Bomben einwirkung körperlich Geschädigten ist eine vordringliche Staatsaufgabe.

Die Sozialdemokratische Partei erstrebt eine **Neuordnung der deutschen Sozialversicherung** im Sinne einer umfassenden allgemeinen Volksversicherung. Der Arbeiter, der sein ganzes Leben lang der deutschen Wirtschaft gedient hat, der Angestellte, der in gleicher Weise wirkte, — sie haben ein gleiches Recht auf Fürsorge und Versorgung im Alter, bei Invalidität und den sonstigen Wechselfällen im Leben, wie es der Staat dem Beamten sichert. In der Sozialversicherung muß der vielfach mißverstandene und mißbrauchte Begriff des Sozialismus verwirklicht werden, d. h. der Gesunde sorgt für den Kranken, der Starke für den Schwachen, der Glückliche für den Unglücklichen. Dieser Geist, der in den letzten zwölf Jahren mit Füßen getreten und verfälscht wurde, soll durch die Neuordnung der Sozialversicherung seine Wiedergeburt erleben. Der vom sozialpolitischen Unterausschuß des Länderrats in Stuttgart im Einvernehmen mit den Gewerkschaften ausgearbeitete Entwurf einer Neuordnung der Sozialversicherung ist der Boden, auf dem die bayerische Sozialdemokratie ihr Ziel in der deutschen Sozialversicherung zu erreichen sucht.

Die Sozialdemokratie setzt sich für eine **gerechte Versorgung und Fürsorge aller Kriegsbeschädigten und Kriegerhinterbliebenen** des ersten und zweiten Weltkrieges ein. In die Versorgung und Fürsorge sind alle Personen einzuschließen, die durch Kriegswirkungen, Bombenschäden usw. körperlich zu Schaden gekommen sind. Ein geeigneter Gesetzentwurf ist bereits seit Monaten vorbereitet und harrt nur noch der Genehmigung durch die zuständigen Stellen. Die Sozialdemokratie hat bereits nach dem ersten Weltkrieg einen ununterbrochenen Kampf um die berechtigten Forderungen der Kriegsbeschädigten und Kriegerhinterbliebenen geführt; die bayerische Sozialdemokratie wird sich auch in nächster Zeit als zuverlässigster Anwalt der Opfer jener unheilvollen Zeit mit allen Kräften erweisen.

Justiz

23. In der Rechtspflege fordern wir die rascheste Wiedereinführung der Schöffengerichte und der alten Schwurgerichte.

*

Die Sozialdemokratie setzt sich für die **Demokratisierung der Justiz** ein. Ihr dient die Wiedereinführung der Schöffen- und der alten Schwurgerichte.

Die **Schöffengerichte** werden bei den Amtsgerichten gebildet. Sie bestehen aus einem gelehrten Richter als Vorsitzenden und zwei Beisitzern und sind für kleinere Strafsachen zuständig.

Die **Geschworenengerichte** treten an den Sitzen der Landgerichte zusammen. Bis 1924 bestanden sie aus einem gelehrten Richter als Vorsitzenden, zwei gelehrten Richtern als Beisitzern und zwölf Geschworenen. Seit 1924 bestehen sie aus drei gelehrten Richtern und sechs Geschworenen. Vor 1924 hatten die Geschworenen über die Schuldfrage allein zu entscheiden, es wurden ihnen zu diesem Zwecke bestimmte vom Vorsitzenden des Schwurgerichts entworfene Fragen zur Beantwortung vorgelegt. Seit 1924 waren die Geschworenengerichte nur größere Schöffengerichte. Über Schuld- und Straffrage entschieden Geschworene und gelehrte Richter zusammen.

Die Mitwirkung von **nichtgelehrten Richtern** in der Strafrechtspflege geht auf uralte Zeiten zurück und hat sich in den angelsächsischen Ländern das ganze Mittelalter hindurch bis heute behauptet. In Deutschland dagegen wurde die Mitwirkung von Laien in der Rechtspflege unter dem Einfluß des römischen Rechts und des fürstlichen Absolutismus beseitigt. Erst im Jahre 1848 wurden in Bayern wieder Geschworenengerichte eingeführt. Bei der Neuordnung der Justizorganisation im Jahre 1877 wurden sie in das Gerichtsverfassungsgesetz aufgenommen. Von den Nationalsozialisten wurden Schöffen- und Geschworenengericht am 1. September 1939 abgeschafft.

Neben dem Wissen des gelehrten Richters soll auch der gesunde Menschenverstand und die Rechtserfahrung der Laien zur Geltung kommen. Außerdem wird durch diese Einrichtung die Rechtskenntnis und Rechtspraxis in das Volk getragen und der nicht seltenen Weltfremdheit von Berufsrichtern vorgebeugt.

Agrarpolitik

24. Das Bodenreformgesetz muß sofort durchgeführt werden. Die Durchführung des Bodenreformgesetzes muß in erster Linie die Schaffung selbständiger bäuerlicher Existenzen für die durch den Krieg heimatlos gewordenen Bauern zum Ziele haben. In der Umgebung von Städten und Industriezentren ist die Schaffung von möglichst vielen Kleinst- und Gartensiedlungen anzustreben.

25. Alle in den Händen von Industrie und Handel befindlichen landwirtschaftlichen Maschinen, Geräte und sonstigen Betriebsmittel sind sofort zu beschlagnahmen. Sie sind über die Ernährungsämter zu verteilen. Bei der Durchführung dieser Verteilung sind die landwirtschaftlichen Genossenschaften maßgeblich zu beteiligen.

26. Wir fordern die planmäßige Lenkung der gesamten landwirtschaftlichen Produktion. Die Verteilung hat unter Mitwirkung der Verbraucher mit dem Ziel der Minderung überhöhter Preisspannen und der Sicherung einor auskömmlichen Existenz für die Bauern zu erfolgen.

27. Die Besteuerung der Landwirtschaft ist durch die Einführung einer einheitlichen Grundwertsteuer zu vereinfachen.

28. Die landwirtschaftlichen Genossenschaften sind zu fördern.

*

Das Gesetz Nr. 48 zur Beschaffung von Siedlungsland und über die **Bodenreform** vom 18. 9. 1946 entspricht in keiner Weise sozialistischen Forderungen. Immerhin bietet dieses Gesetz eine brauchbare Grundlage, um die brennende Frage der Bodenreform überhaupt einmal in Angriff zu nehmen und auf diese Weise den ausgewiesenen Bauern eine neue Heimat zu schaffen. Dazu wäre allerdings erforderlich, daß in den Ausführungsbestimmungen alle Möglichkeiten des Gesetzes nach dieser Richtung hin ausgenutzt werden.

Bei der Durchführung des Bodenreformgesetzes müssen wir als Sozialdemokraten darauf achten, daß die durch das Gesetz anfallenden Ländereien restlos dem im Gesetz klar umrissenen Verwendungszweck zugeführt werden. Allen Bestrebungen, durch eine freiwillige Landabgabe das Gesetz überflüssig zu machen, müssen wir entgegenwirken.

Es ist deshalb unbedingt erforderlich, daß der Bayerische Landtag die Durchführung des Bodenreformgesetzes streng überwacht.

Die **Beschaffung landwirtschaftlicher Maschinen,** Geräte und Betriebsmittel ist heute vielfach dem Landwirt nur auf dem Tauschwege gegen Lebensmittel möglich. Damit wird es dem Bauern schwergemacht, seiner Ablieferungspflicht nachzukommen. Es ist notwendig, daß hier schärfstens durchgegriffen wird. Alle landwirtschaftlichen Betriebsmittel müssen bei ihrer Produktion erfaßt werden und geregelt an die bedürftigen Landwirte zur Verteilung kommen. Bei der Verteilung sollen nur solche Bauern berücksichtigt werden, die ihrer Ablieferungspflicht restlos nachkommen. Wir verlangen, daß die landwirtschaftlichen Genossenschaften und der Bauernverband bei dieser Verteilung als demokratische Kontrollorgane eingeschaltet werden.

Um die gesamte **landwirtschaftliche Produktion** gerecht und planmäßig lenken zu können, soll in jeder Gemeinde ein Beirat geschaffen werden, der sich aus drei Mitgliedern zusammensetzt, die von allen hauptberuflich in der Landwirtschaft tätigen, über 21 Jahre alten und im Besitz der bürgerlichen Ehrenrechte befindlichen Personen gewählt werden. Dieser Beirat soll in Zusammenarbeit mit dem Bürgermeister und dem Obmann des Bayerischen Bauernverbandes das auf die Gemeinde entfallende Anbau- und Ablieferungssoll auf die einzelnen Betriebe umlegen und die Verteilung der für die Gemeinde bestimmten Produktionsmittel (Maschinen, Geräte, Kunstdünger usw.) und Mangelwaren vornehmen.

Bei den Ernährungsämtern ist ein ähnlicher Beirat zu bilden, der aus Vertretern der Erzeuger, der Verbraucher und der Genossenschaften besteht. Dieser Beirat soll maßgeblichen Einfluß auf die Verteilung der landwirtschaftlichen Produktion haben.

Um den bisher bestehenden krassen **Unterschied zwischen vielen Preisen für landwirtschaftliche Produkte,** die der Erzeuger erhält und die der Verbraucher für die gleichen Produkte zahlen muß, auf ein vernünftiges Maß zurückzuführen, ist sowohl beim Bayerischen Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten als auch beim Bayerischen Staatsministerium für Wirtschaft (Preisbildungsstelle) ein paritätischer Beirat zu bilden, der aus Vertretern der Erzeuger, der be- und verarbeitenden Betriebe, der Genossenschaften und der Verbraucher bestehen soll.

Die **Besteuerung der Landwirtschaft** ist durch die Einführung einer einheitlichen Grundwertsteuer zu vereinfachen. Dieser Grundwertsteuer soll der bei normaler Bewirtschaftung mögliche Ertrag des Grund und Bodens zugrunde liegen. Die bisherige Vielzahl der Steuern und die damit verbundene zeitlich unterschiedliche Fälligkeit der Steuerzahlung muß unter allen Umständen verschwinden. Der Bauer hat normalerweise nur einmal im Jahre Einnahmen, und entsprechend diesen Einnahmen müssen auch die Steuertermine gelegt werden.

Das **landwirtschaftliche Genossenschaftswesen** ist mit allen Mitteln zu fördern. Durch den Ausbau und die Neuerrichtung von Absatzgenossenschaften für die landwirtschaftlichen Erzeugnisse kann insbesondere die in Punkt 25 des Aktionsprogramms geforderte Verringerung der Preisspanne zwischen Erzeuger- und Verbraucherpreisen für landwirtschaftliche Produkte erreicht werden. Die Bestrebungen der Landbevölkerung auf Gründung von Konsumvereinen sind tatkräftig zu unterstützen bzw. zu wecken.

Bei der Bildung landwirtschaftlicher Genossenschaften ist zu berücksichtigen, daß es besser ist, mehrere kleinere Genossenschaften zu haben als eine große mit der entsprechenden Zahl von Filialen. In der kleineren Genossenschaft haben die Bauern, die Genossen sind, einen viel besseren Überblick über die Geschäftsführung und sind auch stärker interessiert.

Alle Bestrebungen, be- und verarbeitende Betriebe landwirtschaftlicher Produkte (Getreide- und Ölmühlen, Konservenfabriken, Zuckerfabriken usw.) auf genossenschaftlicher Basis durch die Bauern selbst zu betreiben, sind mit allen Kräften zu unterstützen.

Kulturpolitik

29. Die Partei steht nach wie vor auf dem Boden der Gemeinschaftsschule. Unter Berücksichtigung des gegenwärtigen Notstandes muß durch Zusammenfassung der Schulpflichtigen in einheitlichen Volksschulen der gegenwärtige Zustand beibehalten werden. Die Pflege der religiösen Duldsamkeit im gesamten Volksleben ist zu fördern.

*

Die durch mit Volksabstimmungsmehrheit angenommene bayerische Verfassung sagt im Art. 97 Abs. 1: „Die öffentlichen Volksschulen sind Bekenntnisschulen oder Gemeinschaftsschulen. Die Wahl der Schulart steht den Erziehungsberechtigten frei. Gemeinschaftsschulen sind jedoch nur an Orten mit bekenntnismäßig gemischter Bevölkerung auf Antrag der Erziehungsberechtigten zu errichten." Abs. 2: „An den Bekenntnisschulen werden nur solche Lehrer verwendet, die geeignet und bereit sind, die Schulpflichtigen nach den Grundsätzen des betreffenden Bekenntnisses zu unterrichten und zu erziehen."

Hiermit ist in Bayern verfassungsmäßig **im Prinzip die Bekenntnisschule** zugelassen.

Dem steht die Situation unserer Gegenwart gegenüber: finanzielle Not, Rohstoffnot, Ernährungsnot; ungeheurer Mangel an Lehrkräften; Desorganisation infolge der notwendigen Entnazifizierung, Schulnot der Flüchtlingskinder; Raumnot. Die sofortige Praktizierung der Verfassung auf dem Gebiet der Volksschulpolitik zwingt zur Bildung von Zwergschulen, Zwergklassen und sinnlosen Doppelausgaben.

Die Errichtung von Sonderschulen für bekenntnismäßige Minderheiten steht außerdem in der Gegenwart in einem grundsätzlichen Widerspruch zum Aufbau eines geordneten Schulbetriebes und einer geordneten Schulorganisation.

Die Entlassung von beruflich geeigneten Lehrkräften aus konfessionellen Gründen kommt der Desorganisation des demokratischen Schulaufbaues gleich und stört dadurch gerade in unserer gegenwärtigen Notzeit letzten Endes den Aufbau des demokratischen Staates.

Aus diesen Gründen tritt die Sozialdemokratie für die Zusammenfassung der Schulpflichtigen in einheitlichen Volksschulen, somit für die Beibehaltung des gegenwärtigen Zustandes ein. Durch den Vertrag, der am 21. 12. 1946 zwischen den Religionsgemeinschaften und dem Bayerischen Kultusministerium abgeschlossen wurde, ist die Berechtigung dieser Forderung anerkannt worden.

Jugendschutz

30. Die drohende geistige und sittliche Verwahrlosung der durch die Zeitverhältnisse entwurzelten Jugend ist tatkräftig durch besondere Erziehungseinrichtungen, Heime und geeignete Lehrwerkstätten zu bekämpfen.

*

Es ist eine Aufgabe aller Parteien, dafür zu sorgen, daß die durch die Verhältnisse der Zeit haltlos gewordene Jugend gestützt wird. Die beste Form der Hilfe ist die Schaffung geeigneter Beschäftigungsmöglichkeiten, die Errichtung von Heimen sowie eine allgemeine Erziehung, die besonders den schweren Nöten der Jugend Rechnung trägt. Die Sozialdemokratie unterstützt alle Bemühungen auf dem Gebiet der Jugendfürsorge und der Jugenderziehung; sie wird zu diesem Zwecke in Verbindung mit den ihr nahestehenden Jugendorganisationen entsprechende Anträge im Parlament eindringen und durch ihre Mitarbeit die Not der Jugend steuern helfen.

Flüchtlingsproblem

31. Die Sozialdemokratie fordert ein Ministerium für das Flüchtlingswesen als zweites Sonderministerium.

Die Aufgabe dieses Ministeriums ist die Verwirklichung des Art. 8 der bayerischen Verfassung und der Vollzug des Flüchtlingsgesetzes. Dem Ministerium obliegt ferner die Sicherung der grundlegenden materiellen und kulturellen Lebensbedingungen der Ausgewiesenen, Ausgebombten und Evakuierten und ihre raschesto Eingliederung in das wirtschaftliche, soziale und kulturelle Leben des Landes.

32. Als grundlegende Lebensbedingung sieht die Sozialdemokratie an:

1. **Schaffung menschenwürdiger Wohnungsverhältnisse,**
2. **Sofortmaßnahmen zur Beseitigung des Bekleidungsmangels,**
3. **Berufsrichtige Eingliederung in den Arbeitsprozeß,**
4. **Maßnahmen zur Sicherung der Renten und Ruhegehälter,**
5. **Wiedervereinigung der Flüchtlingsfamilien,**
6. **Bevorzugte Berücksichtigung bei der Durchführung von Siedlungs- und Bodenreform,**
7. **Maßgebliche Einschaltung bei der Verteilung der für die Flüchtlinge bestimmten Waren,**
8. **Verwirklichung des Lastenausgleichs für Ausgewiesene.**

Internationale Hilfe für die Lösung des Flüchtlingsproblems ist unbedingt erforderlich.

*

Die Verwirklichung dieser Forderungen ist uns eine menschliche und moralische Pflicht. Geben wir uns keiner Täuschung hin; die Lage der Ausgewiesenen ist materiell und seelisch äußerst kritisch. Die Folgen der Ausweisung sind für uns alle schwerwiegend. Stärkste Anteilnahme und Klarheit unserer Zielsetzung ist daher notwendig. Das gilt für die Regierung wie für jeden von uns. Je eher der Vertriebene in Beziehung zu einer neuen Heimat kommt, desto rascher wird das Flüchtlingsproblem gelöst werden. Je früher der Einheimische zur Einsicht kommt, daß der Umbau unserer wirtschaftlichen und sozialen Struktur unerläßlich ist, desto besser.

Dazu aber sind Planung und der Wille zur Planung notwendig. Die Gefahr besteht darin, daß Programme, Pläne und gute Absichten unter den bürokratischen Einflüssen verkümmern oder gar zunichte gemacht werden. Die Regierung hat zwar mit der Errichtung eines **Staatssekretariats für das Flüchtlingswesen** einen wesentlichen Schritt zur beginnenden Lösung des Ausgewiesenenproblems getan, — aber nun müssen Taten folgen.

Natürlich können wir das Flüchtlingsproblem nur im Zusammenhang mit dem gesamtdeutschen und europäischen Rettungswerk sehen und lösen. Im Augenblick sind die Folgen der Ausweisung noch Lasten und Pflichten; sie können aber und sollten Gewinn werden.

Wirtschaftlich gesehen z. B. liegt das **Aktivum der Ausweisung** besonders aus den sudetendeutschen Gebieten in der Art der sudetendeutschen Industrien, die zum Teil schon immer in hohem Maße exportierten und die heute bereits unserem Lande Gewinn bringen. Das Tempo der Aussiedlung läßt nicht immer die Möglichkeit zu, die Ausgewiesenen endgültig nach wirtschaftlichen Grundsätzen umzusiedeln. Der hastigen Unterbringung, die sich zunächst als vordringlich erwies, muß nunmehr immer stärker die berufsrichtige Eingliederung in die Wirtschaft folgen. Zum Arbeitsplatz muß die Wohnung kommen. Diese erneut notwendige Binnenwanderung kann, wenn sie Erfolg haben soll, nur auf Grund einer gut durchdachten Planung erfolgen. Improvisationen jeder Art hemmen das organische Wachstum. Bei einem Vergleich der wirtschaftlichen Struktur Bayerns mit der des Sudetenlandes z. B., ergeben sich einmal wechselseitige Ergänzungsmöglichkeiten, aber es zeigt sich ferner auch die Tatsache, daß die Sudetendeutschen neue Industrien mitbringen, die im Aufnahmeland bisher unbekannt waren. Unsere Gedankengänge führen zu folgenden Grundsätzen:

1. Ergänzung der Industrieproduktion aus den Reihen der Ausgewiesenen;
2. Aufbau neuer Fertigungsindustrien;
3. Geschlossene Neusiedlung;
4. Orientierung nach Rohstoff- und Exportgegebenheiten;
5. Förderung von Produktivgenossenschaften.

Es ist unverkennbar, daß planmäßige Eingliederung der Flüchtlinge eine Reihe weiterer wirtschaftlicher Möglichkeiten auszulösen vermag. Die Sozialdemokratie wird ihre ganze Kraft für die Verwirklichung all dieser Möglichkeiten einsetzen.

Kriegsgefangene und Reparationspolitik

33. Die Sozialdemokratische Partei will alles tun, um die schnelle Rückkehr der Kriegsgefangenen zu ermöglichen.

34. Die deutsche Sozialdemokratie anerkennt die Pflicht zur Wiedergutmachung im Rahmen der wirtschaftlichen Möglichkeiten des deutschen Volkes. Sie will bei der Wiederherstellung der zerstörten Gebiete mitarbeiten. Sie muß jedoch allen Ernstes darauf hinweisen, daß das deutsche Volk zu einer solchen Leistung nur befähigt wird, wenn seine Lebensbedingungen dem europäischen Durchschnitt angepaßt werden, wenn der gesteigerte Bedarf an Rohstoffen und Industrieerzeugnissen infolge des Flüchtlingsstroms berücksichtigt wird und wenn weitere Zerstörungen des deutschen Produktionsapparates unterbleiben.

Die Entindustrialisierung Deutschlands beraubt nicht nur Deutschland seiner wesentlichsten Existenzquelle, sondern auch die Welt der Mitarbeit eines hochwertigen Industrievolkes.

35. Die Sozialdemokratie betont, daß ohne Einfuhr von Lebensmitteln und Rohstoffen die Wiederbelebung der Wirtschaft ebensowenig möglich ist, wie die Leistung von Reparationen. Sie wird sich dafür einsetzen, daß der britisch-amerikanische Wirtschaftsplan raschestens in Gang kommt.

*

Die Erfahrungen nach dem ersten Weltkrieg haben in der ganzen Welt zu der Erkenntnis geführt, daß es sinnlos ist, und zu keinen wirklich praktischen Ergebnissen führt, wenn man **Reparationspolitik** am grünen Tisch betreibt, ohne auf die wirksamen politischen und wirtschaftlichen Tatbestände Rücksicht zu nehmen. Die Alliierten haben deshalb nach dem Zusammenbruch des nationalsozialistischen Regimes von vornherein eine große Anzahl derjenigen Fehler vermieden, die nach dem ersten Weltkrieg das System der Reparationsleistungen zusammenbrechen ließen. Trotzdem bleiben entscheidende Probleme auch heute noch heftig umstritten und scheinen teilweise noch immer ungelöst zu sein.

So sehr wir als deutsche Sozialdemokraten die **Pflicht zur Wiedergutmachung** im Rahmen aller wirtschaftlich irgendwie vertretbaren Möglichkeiten anerkennen, so sehr müssen wir immer wieder nachdrücklich darauf hinweisen, daß unsere Bereitschaft zur Wiedergutmachung eine einseitige Bereitschaft bleiben muß, wenn uns die technischen und wirtschaftlichen Möglichkeiten genommen werden, unserer Einstellung gemäß auch handeln zu können.

Die Möglichkeit zur Reparationsleistung — und unvermeidbar auch die innere Bereitschaft dazu — muß verloren gehen, wenn Deutschland auf Lebensbedingungen herabgedrückt würde, die unter dem normalen europäischen Durchschnitt liegen würden.

Berechnungen über das Leistungsvermögen und die **Leistungsfähigkeit Deutschlands** müssen deshalb der Tatsache Rechnung tragen, daß Millionen seiner Bewohner nichts verblieben ist, als ihr nacktes Leben und ihre Arbeitskraft, und daß darüber hinaus durch den Flüchtlingsstrom die zu ernährende Bevölkerung auf dem Restgebiet Deutschlands weit größer ist als vor dem Kriege. Die Vernichtung

großer Teile der deutschen Industrie durch Kriegsfolgen bzw. nachträglich durch völlige Zerstörung oder Demontage, hat Deutschlands industrielle Ausrüstung so stark verringert, daß die Möglichkeit der Leistung von Reparationen überhaupt in Frage gestellt erscheint, — zumal dann, wenn insbesondere die Demontagen noch weiter fortgesetzt würden.

Aus diesen Erkenntnissen und Tatsachen ergibt sich unsere grundsätzliche Einstellung, die zu der Forderung führt, daß die Ent-Industrialisierung Deutschlands nicht so weit getrieben werden kann, daß unsere Produktions- und damit Existenzbedingungen überhaupt vernichtet würden. Eine derartige Politik würde nicht nur Deutschland und die deutsche Bevölkerung ihrer wichtigsten Existenzquellen berauben und in tiefes Elend führen: Deutschland würde — im Herzen Europas liegend — zwangsläufig ganz Europa in Mitleidenschaft ziehen und den Wohlstand aller europäischen Völker schlechthin in Frage stellen.

Die bisherige Praxis hat bereits überzeugend den Beweis erbracht, daß die **Wiederbelebung der deutschen Wirtschaft** aus eigener Kraft und damit auch seine Fähigkeit, Reparationen zu leisten, nicht möglich ist, wenn das Ausland uns nicht über die gefahrvolle Spanne zwischen nationalsozialistischem Zusammenbruch und dem Beginn des sozialistischen Neubaues Deutschlands durch die Einfuhr von Lebensmitteln und Rohstoffen hinweghilft.

Die Kölner Resolution vom 25. September 1946

Am 25. September 1946 trat der Parteiausschuß der SPD in Köln zu einer Sitzung zusammen. Dabei wurde grundsätzlich zu der Frage Stellung genommen, ob die Sozialdemokratie unter den gegenwärtigen Verhältnissen an der Regierungstätigkeit teilnehmen kann. Die politische und wirtschaftliche Lage wurde eingehend geprüft. Der Ernst der Situation wurde klar erkannt. „Deutschland droht in eine furchtbare Katastrophe zu versinken", so wurde festgestellt. Es wurde entschieden, daß die politische Mitarbeit von Bedingungen abhängig gemacht werden soll, die in der Resolution klar ausgesprochen wurden. Danach wird die Sozialdemokratie in keine Regierung eintreten, wenn sie nicht bestimmte Garantien dafür hat, daß die Forderungen der Kölner Resolution erfüllt werden können. Sie wird aus jeder Regierung ausscheiden, wenn es klar wird, daß diese Forderungen nicht zu erfüllen sind. Das ist die Bedeutung der Kölner Resolution.

Der Landesverband Bayern der Sozialdemokratischen Partei hat, als bisher einziger Landesverband, die Kölner Resolution in die 35 klaren Forderungen eines Aktionsprogramms umgearbeitet. Dieses Aktionsprogramm ruht damit auf dem Boden der Kölner Resolution. Da das Aktionsprogramm die Grundlage für die gesamte politische Tätigkeit und die Regierungsbeteiligung der Sozialdemokratie in Bayern ist, befindet sie sich in voller Übereinstimmung mit der von der Gesamtpartei beschlossenen politischen Linie.

Am 25. 9. 1946 faßte der Parteiausschuß in Köln folgende Resolution:

„Deutschland droht in die furchtbarste Katastrophe zu versinken. Die Verantwortung für die heutigen Verhältnisse trägt das Nazi-Regime, das durch seine Unmenschlichkeit und seine Ausraubung Europas den Deutschen den Haß der ganzen Welt eingebracht hat.

Die Macht in dem zertrümmerten Deutschland wird heute von den Militär-Regierungen ausgeübt. In keiner der Zonen gibt es eine echte Demokratie. In der östlichen Besatzungszone fehlen sogar die staatsbürgerliche Gleichberechtigung und das Recht der freien Meinungsäußerung.

In Politik, Wirtschaft und Verwaltung herrschen wieder die gleichen Kräfte, die uns zu den heutigen Zuständen geführt haben. So sind bei der Vereinigung der britischen und amerikanischen Besatzungszonen sämtliche Zentralbehörden Vertretern kapitalistischer Auffassung übertragen worden.

Die deutsche Sozialdemokratie hat diese Entwicklung seit langem mit größter Sorge verfolgt. Ihre wiederholten Vorschläge und Mahnungen haben jedoch zu keiner entscheidenden Änderung dieser Politik geführt. Sie ist nicht willens, die politische Verantwortung für Zustände zu tragen, die ihr aufgezwungen werden. Sie macht daher ihre p o l i t i s c h e Mitarbeit von verbindlichen Zusagen abhängig,

daß ein gerechter Lastenausgleich erfolgt, der die Sachwerte im gleichen Umfange heranzieht wie den Geldbesitz,

daß die Sozialisierung der Grundstoff-Industrien, der Energiewirtschaft, der Verkehrsunternehmen, der Banken und der Versicherungsgesellschaften und eine durchgreifende und produktionsfördernde Agrarreform durchgeführt werden,

daß die deutsche Wirtschaftsverwaltung an der über die Kohlenwirtschaft und Eisenindustrie verhängten Kontrolle maßgebend beteiligt wird,

daß das Sozialprodukt gerechter verteilt wird, wozu es einer Neuordnung der Löhne und Preise bedarf,

daß den Sozialrentnern, Kriegsopfern und Opfern des Nationalsozialismus eine ausreichende Rente gesetzlich gesichert und das unsagbare Flüchtlingselend gemildert wird,

daß die Besatzungsmächte mit der Politik der Demontage und der Zerstörung von Material und Anlagen aufhören, aus denen eine Friedensindustrie aufgebaut werden könnte,

daß eine ausreichende Ernährung gesichert und ein Ausgleich der Ernährung zwischen Stadt und Land durchgesetzt wird, wobei anerkannt wird, daß die amerikanische und britische Regierung durch ihre Lebensmittelzufuhren Millionen Deutscher vor dem Hungertod gerettet haben,

daß über die bisherigen Ankündigungen hinaus das hungernde Volk vor der Kälte durch verstärkte Hausbrandversorgung geschützt wird,

daß alle zentralen Verwaltungen demokratisch kontrolliert werden.

Das deutsche Volk muß sich darüber klar sein, daß es bei den kommenden Wahlen diese Forderungen der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands unterstützen muß, um ihnen den gehörigen Nachdruck zu verleihen.

Die Sozialdemokratie bekennt sich zur politischen und staatsrechtlichen Einheit Deutschlands. Dabei hält sie eine möglichst weitgehende Dezentralisierung der Verwaltung im Interesse einer echten Demokratisierung für notwendig.

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands ist gewillt, in jeder Form ihrer politischen Aktivität den Geist des Nationalismus zu bekämpfen. Sie verlangt von der Welt und dem deutschen Volk die Möglichkeit, die unverzichtbaren großen Ideen des Friedens, der Demokratie und des Sozialismus im Volke und vor allen Dingen in der Jugend lebendig zu machen. Sie sieht darin nicht nur eine nationale, sondern eine europäische und weltbürgerliche Aufgabe."

Das Aktionsprogramm der SPD von 1891

Für jeden Sozialdemokraten muß es von größtem Interesse sein, den erfolgreichen politischen Kampf seiner Partei im geschichtlichen Ablauf zu verfolgen. Dazu dient vor allem der Vergleich der politischen Tagesforderungen der Partei in den verschiedenen Stadien ihrer Entwicklung.

Vom 14. bis 20. Oktober des Jahres 1891, also vor nunmehr 55 Jahren, hielt die deutsche Sozialdemokratie zu Erfurt einen Parteitag ab, der für die deutsche Arbeiterbewegung von historischer Bedeutung ist. Am 25. Januar 1890 war das Sozialistengesetz gefallen. Zwölf Jahre war die deutsche Sozialdemokratie durch dieses Gesetz als politische Partei verboten. Ihre Organisation war illegal; ihr Parteiblatt „Der Sozialdemokrat" erschien in der Schweiz; ihre Parteitage konnte sie nur im Auslande abhalten. Nach einer langen Periode schwerster Kämpfe war daher der Parteitag von Erfurt ein Tag des Triumphes für die sozialistische Bewegung.

Der Erfurter Parteitag ist der Ausdruck des stolzen Aufstiegs einer Bewegung, die bewiesen hatte, daß sie nicht eine vorübergehende Erscheinung, eine kurzlebige Verschwörung, sondern daß sie der tiefe Ausdruck einer neuen sozialen Entwicklung unserer Gesellschaft ist. Die grundsätzliche Stellung der Sozialdemokratie fand in dem Parteiprogramm ihren Ausdruck, das auf diesem Parteitag beschlossen wurde und das wir seither kurz als „Erfurter Programm" bezeichnen. Dieses „Erfurter Programm" zerfällt in zwei Teile, einen allgemeinen, theoretischen, der die Grundsätze und Endziele der Sozialdemokratie behandelt, und einen praktischen Teil (Aktionsprogramm), der die Forderungen enthält, welche die Sozialdemokratie als praktische Partei an die damalige Gesellschaft und den damaligen Staat stellt, um damit die Erreichung ihrer Endziele anzubahnen.

Der theoretische Teil zerfällt wieder in 3 Unterabteilungen:

1. Eine Analyse der Gesellschaft, wie sie nach den Erkenntnissen der damaligen marxistischen Gesellschaftsforschung möglich war, verbunden mit einer Darstellung des Entwicklungsganges der Gesellschaft. Daraus wurden gefolgert:

2. die Endziele der Sozialdemokratie und

3. die Mittel, welche zur Verwirklichung führen sollen.

Es ist hier nicht der Platz, diesen theoretischen oder Grundsatzteil des Erfurter Programms zu behandeln. Ein Vergleich zwischen dem Grundsatzteil des Erfurter Programms und unserer heutigen Situation bedürfte einer großen theoretischen Erörterung. Die Sozialdemokratie hat heute noch kein neues Grundsatzprogramm geschaffen. Dazu bedarf es vieler Vorarbeiten und vor allem einer gewissen geistigen Klärung. Die Katastrophe, die wir durchlebten, ist zu gewaltig, als daß wir die veränderte Situation schon klar erfassen und in feste Formeln pressen könnten.

Um so wichtiger ist für uns heute das praktische Programm der Tagesforderungen, also das „Aktionsprogramm". Es gibt kein besseres Mittel, den Kampf der Sozialdemokratie zu würdigen, als einen Vergleich zwischen dem Aktionsprogramm von 1891 und dem von heute. Wir bringen daher hier den Text des **Zweiten Teils (Aktionsprogramm) des Erfurter Programms.** Er lautet:

„Ausgehend von diesen Grundsätzen fordert die Sozialdemokratische Partei Deutschlands zunächst:

1. Allgemeines, gleiches, direktes Wahl- und Stimmrecht mit geheimer Stimmabgabe aller über 20 Jahre alten Reichsangehörigen ohne Unterschied des Geschlechts für alle Wahlen und Abstimmungen. Proportional-Wahlsystem und bis zu dessen Einführung gesetzliche Neueinteilung der Wahlkreise nach jeder Volkszählung. Zweijährige Gesetzgebungsperioden. Vornahme der Wahlen und Abstimmungen an einem gesetzlichen Ruhetage. Entschädigung für die gewählten Vertreter. Aufhebung jeder Beschränkung politischer Rechte außer im Falle der Entmündung.

2. Direkte Gesetzgebung durch das Volk vermittels des Vorschlags- und Verwerfungsrechts. Selbstbestimmung und Selbstverwaltung des Volks in Reich, Staat, Provinz und Gemeinde. Wahl der Behörden durch das Volk, Verantwortlichkeit und Haftbarkeit derselben. Jährliche Steuerbewilligung.

3. Entscheidung über Krieg und Frieden durch die Volksvertretung. Schlichtung aller internationalen Streitigkeiten auf schiedsgerichtlichem Wege.

4. Abschaffung aller Gesetze, welche die freie Meinungsäußerung und das Recht der Vereinigung und Versammlung einschränken und unterdrücken.

5. Abschaffung aller Gesetze, welche die Frau in öffentlich- und privatrechtlicher Beziehung gegenüber dem Manne benachteiligen.

6. Erklärung der Religion zur Privatsache. Abschaffung aller Aufwendungen aus öffentlichen Mitteln zu kirchlichen und religiösen Zwecken. Die kirchlichen und religiösen Gemeinschaften sind als private Vereinigungen zu betrachten, welche ihre Angelegenheiten vollkommen selbständig ordnen.

7. Weltlichkeit der Schule. Obligatorischer Besuch der öffentlichen Volksschulen. Unentgeltlichkeit des Unterrichts, der Lehrmittel und der Verpflegung in den öffentlichen Volksschulen, sowie in den höheren Bildungsanstalten für diejenigen Schüler und Schülerinnen, die kraft ihrer Fähigkeiten zur weiteren Ausbildung geeignet erachtet werden.

8. Unentgeltlichkeit der Rechtspflege und des Rechtsbeistands. Rechtsprechung durch vom Volk gewählte Richter. Berufung in Strafsachen. Entschädigung unschuldig Angeklagter, Verhafteter und Verurteilter. Abschaffung der Todesstrafe.

9. Unentgeltlichkeit der ärztlichen Hilfeleistung einschließlich der Geburtshilfe und der Heilmittel. Unentgeltlichkeit der Totenbestattung.

10. Stufenweis steigende Einkommen- und Vermögenssteuer zur Bestreitung aller öffentlichen Ausgaben, soweit diese durch Steuern zu decken sind. Selbsteinschätzungspflicht. Erbschaftssteuer, stufenweise steigend nach Umfang des Erbguts und nach dem Grade der Verwandtschaft. Abschaffung aller indirekten Steuern, Zölle und sonstigen wirtschaftspolitischen Maßnahmen, welche die Interessen der Allgemeinheit den Interessen einer bevorzugten Minderheit opfern.

Zum Schutze der Arbeiterklasse fordert die Sozialdemokratische Partei Deutschlands zunächst:

1. Eine wirksame nationale und internationale Arbeiterschutzgesetzgebung auf folgender Grundlage:
   a) Festsetzung eines höchstens acht Stunden betragenden Normalarbeitstags.
   b) Verbot der Erwerbsarbeit für Kinder unter vierzehn Jahren.
   c) Verbot der Nachtarbeit, außer für solche Industriezweige, die ihrer Natur nach, aus technischen Gründen oder aus Gründen der öffentlichen Wohlfahrt Nachtarbeit erheischen.
   d) Eine ununterbrochene Ruhepause von mindestens sechsunddreißig Stunden in jeder Woche für jeden Arbeiter.
   e) Verbot des Trucksystems.
2. Überwachung aller gewerblichen Betriebe, Erforschung und Regelung der Arbeitsverhältnisse in Stadt und Land durch ein Reichs-Arbeitsamt, Bezirks-Arbeitsämter und Arbeitskammern. Durchgreifende gewerbliche Hygiene.
3. Rechtliche Gleichstellung der landwirtschaftlichen Arbeiter und der Dienstboten mit den gewerblichen Arbeitern; Beseitigung der Gesindeordnungen.
4. Sicherstellung des Koalitionsrechts.
5. Übernahme der gesamten Arbeiterversicherung durch das Reich mit maßgebender Mitwirkung der Arbeiter an der Verwaltung.

*

Dieses Aktionsprogramm von 1891 zeigt, welchen Weg die Partei bisher zurückgelegt hat. Die meisten der Forderungen, die damals revolutionär und kühn erschienen und die den heftigsten Widerstand der herrschenden Mächte ausgelöst haben, sind heute eine Selbstverständlichkeit. Ein Vergleich mit den Forderungen von heute zeigt ferner, wie sehr wir bereits an die Kernfragen einer sozialistischen Gesellschaft herangerückt sind.

Welch' ein Weg, den die Partei in diesen 55 Jahren zurückgelegt hat. Wieviele Opfer, wieviel Kraft, wieviel Hingabe waren notwendig, um ihn zu gehen. Diese Rückschau erfüllt uns mit Zuversicht. Sie gibt uns die stolze Gewißheit, daß wir auf dem rechten Weg sind und daß wir konsequent der Linie folgen, die uns im Kampf um die sozialistische Gesellschaft vorgezeichnet ist.

Wir können diese Betrachtung nicht besser abschließen als mit den Schlußsätzen des theoretischen Teils des Erfurter Programms, die auch heute noch, nach 55 Jahren, Ziel und Inhalt unseres Ringens ausdrücken und die da lauten:

„Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands kämpft nicht für neue Klassenprivilegien und Vorrechte, sondern für die Abschaffung der Klassenherrschaft und der Klassen selbst für gleiche Rechte und gleiche Pflichten aller ohne Unterschied des Geschlechts und der Abstammung. Von diesen Anschauungen ausgehend bekämpft sie in der heutigen Gesellschaft nicht bloß die Ausbeutung und Unterdrückung der Lohnarbeiter, sondern jede Art der Ausbeutung und Unterdrückung, richte sie sich gegen eine Klasse, eine Partei, ein Geschlecht oder eine Rasse."

Nach zwölfjähriger Kulturlosigkeit beginnen sich im deutschen Volk wieder die geistigen Kräfte zu regen. Sie zu leiten und ihnen den Weg zur Überwindung des entstandenen Vakuums zu zeigen, dazu sind neben der Tagespresse in Anbetracht des Fehlens der Möglichkeit, Neuauflagen von Büchern in größerem Umfange herauszubringen, auf absehbare Zeit insbesondere gute Zeitschriften berufen, die gerade in der sozialistischen Bewegung seit jeher ihre besondere Bedeutung hatten.

„Der Sozialdemokrat", Berlin, den 7. 12. 1946

Die sozialdemokratische Halbmonatsschrift

Das VOLK

vermittelt in Belehrung, Schulung und Unterhaltung wertvolles Gedankengut aus dem politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Leben an alle Kreise des schaffenden Volkes.

Schaffende! Lest „Das Volk"

VERLAG „DAS VOLK" MÜNCHEN